

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die „Freiheitspartei“ vor dem Staatsgerichtshof Der Kampf um die Schutzpolizei.

Von Hermann Schühlinger.

Leipzig, 26. April. (Eig. Drahtbericht.) Heute vormittag begannen vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik die Verhandlungen über die

Beschwerde der Deutschvölkischen Freiheitspartei

gegen deren Auflösung in Preußen und anderen Ländern. Als Vertreter der aufgelösten Partei sind die Abgeordneten Wulle, Henning und Graefe sowie Graf Reventlow erschienen. Ihnen zur Seite steht Rechtsanwalt Gerold. Den Vorsitz führt Präsident Schmidt.

Der Berichterstatter, der die Entstehung der Auflösung erläutert, stützt sich auf die schriftlichen Berichte der drei Abgeordneten und des Reichskommissars sowie auf die Statuten und das „vorliegende“ Programm der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Bei der Verlesung des § 1 der Statuten, der besagt, daß die Partei gerichtlich eingetragene werden soll, wird festgestellt, daß die Eintragung noch nicht erfolgt ist. Es folgt dann der Bericht über die Geschichte der Auflösung in Preußen, die im wesentlichen aus der Debatte im Preussischen Landtag bekannt ist. Die Begründung des Verbots sagt, daß die Partei die Fortsetzung der verschiedensten „nationalistischen“ Verbände ist und die

Beseitigung des Parlamentarismus auf verfassungswidrigen Wege erstrebt. Die Beschwerdebefugte bezeichnet alle Auflösungen und Verbote als unhaltbar. Die Partei sei lediglich die Fortsetzung der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft. Ihre Turnerschaften hätten der Erziehung der Jugend und dem Schutz gegen den roten Terror (1) und nicht dem Zweck, den Parlamentarismus auf dem Wege der Gewalt zu beseitigen, gedient. Das

Abkommen mit Hitler

sei öffentlich bekannt gewesen und bedeute keinesfalls eine Verschmäzung oder die Unterstellung der Deutschvölkischen Freiheitspartei unter Hitlers Kommando. Mit den Waffenspenden bei

einzelnen Parteimitgliedern habe die Partei selbst (!) nichts zu tun. Die sich unter dem Material befindlichen Programme und Organisationsentwürfe seien nur unberücksichtigt gebliebene Vorschläge von einzelnen Mitgliedern. Umfangreich ist das zur Verlesung gelangende Material über den Zusammenschluß der in Preußen verbotenen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Der Berichterstatter teilt mit, auch der Reichsminister Dr. Dezer sei auf Grund dieses Materials der Auffassung, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei tatsächlich die Fortsetzung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ist.

Bayerische Schaukelpolitik.

München, 26. April. (W.B.) Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ schreibt zu dem Ergebnis der Landtagsaus-sprache über die nationalsozialistische Partei u. a.: Je mehr sich der revolutionäre Charakter der Nationalsozialisten herausstellt, je öfter sie mit dem Gedanken spielen, Bayern in das Unglück eines nationalsozialistischen Putsches zu stürzen und je mehr sich der Nationalsozialismus als Rechtsbolshewismus enthüllt, desto klarer wird einem solchen Gebaren gegenüber die Stellungnahme für eine Partei, die in der Ausführung solcher Pläne das schwerste Verbrechen am bayerischen Volke und dem gesamten deutschen Vaterlande scheidet. Leider ist man sich in einem Teil der vaterländischen Verbände über diese Gefahr noch nicht im Klaren. Man ist dort bisher von den äußeren Erfolgen Hitlers geblen und überschätzt die innere Kraft der nationalsozialistischen Bewegung. Die falsche Beurteilung, die die nationalsozialistische Bewegung in einzelnen dieser vaterländischen Verbände findet, kann eine verantwortliche Regierung und verantwortliche Regierungspartei bei aller Sympathie für die vaterländische Bewegung nicht abhalten, einen klaren Strich gegen die staatsgefährlichen Bestrebungen der Nationalsozialisten zu ziehen.

Poincaré hat in seiner bekannten Rede in Vaid die Mitteilung gemacht, daß die Gesamtheit der alliierten Mächte vorige Woche die deutsche Regierung aufgefordert hätte, die „militärische Organisation der deutschen Schutzpolizei“ aufzuheben. Es ist dies ein ständig in Poincarés Reden wiederkehrendes Postulat, das eine der üblichen Requisiten der französischen Hege gegen die deutsche Republik geworden ist. Wir als die Partei, auf deren Schultern das Gefüge des Volksstaates in erster Linie ruht, haben alle Veranlassung, diesem Vorstoß gegen das Hauptinstrument unseres Staates zur Wahrung des inneren Friedens, die Schutzpolizei, unsere größte Aufmerksamkeit zu widmen. Während die deutschen Extremisten von rechts und links an der staatlichen Exekutive lediglich unterirdische Wühlarbeit geleistet haben, während Herr Geisler durch seine äußerst fragwürdige „Entpolitiserungsaktion“ die Reichswehr zu einem recht unsicheren Kraftelement der Staatsautorität gemacht hat, waren es unsere Parteigenossen: Severing in Preußen, Hermann in Thüringen, Henke in Hamburg und die verschiedenen Innenminister in Sachsen, die durch Schaffung von republikanischen Landespolizeikörpern eine stille, aber um so fruchtbarere Demokratisierung geleistet haben.

Gewiß ist auch in der Schutzpolizei noch nicht alles so, wie wir es wünschen; zweifellos stehen wir erst mitten drin in diesem Reformwerk, an dem unsere Genossen hervorragenden Anteil haben. Die Umbildung der ehemals „blauen“ und „grünen“ Polizei zur „Einheitspolizei“ im „Einheitsrevier“ und der „Einheitsinspektion“ ringt sich nur ganz allmählich durch; die Abstoßung rein militärischer Neuerlichkeiten gewinnt nur langsam an Boden; die Ausstattung der Kommandostellen mit Oberbeamten steht auch noch nicht im Einklang mit der dringend nötigen Sparsamkeit in den Haushaltsvoranschlägen unserer Länder, da und dort finden sich noch Reste der passiven Resistenz, sorgfältig genährt von der meist recht einflussreichen Clique reaktionärer Oberbeamten — und trotzdem wäre es ein Verbrechen an der Republik, mit läppischer Hand in den unaufhaltbaren Befundungsprozess der deutschen Schutzpolizeikörper einzugreifen!

Die Bildung von Schutzpolizeiformationen in den deutschen Ländern wurde notwendig als Fernwirkung des Zusammenbruchs und des Friedensvertrages von Versailles. Mit der Schöpfung der Reichswehr an Stelle des alten stehenden Heeres und der „Zurückführung“ der Polizei auf den Stand der Organisation von 1913 (wie der offizielle Titel der von der Interalliierten Militärkontrollkommission erzwungenen Aktion heißt) ist noch lange nicht das gesteigerte Sicherheitsbedürfnis befriedigt, das zweifellos noch als Folge der schweren inneren Erschütterungen der Sturmjahre 1919/20 heute und für die nächste Zukunft besteht.

Der Einsatz von „Militär“ war im alten Staat schon nicht besonders geeignet, die Gemüter zu beruhigen — im neuen Staat aber würde die Verwendung der meist auf Truppenübungsplätzen, in kleinen Garnisonen und an der Landesgrenze stationierten Reichswehregimenten auf dem Pflaster der Großstadt den Brand eher anfachen als erlösen. So kann also das Argument der Interalliierten Militärkontrollkommission, Deutschland befähige ja bereits eine Polizeitruppe in Form der Reichswehr, nicht als stichhaltig anerkannt werden. Die Verwendbarkeit der Reichswehr als Polizeitruppe ist neben nicht zu unterschätzenden Gefühlsmomenten bedingt durch die Garnison- und Ausbildungsfrage. Das kaiserliche Deutschland wagte nicht in dem Maße wie die französische Republik seine Regimenter in ausgesprochene Industriebezirke zu legen; diese Standortfrage ist bei der Unmöglichkeit, neue Kasernen zu bauen, maßgebend für die Garnisonierung unserer Reichswehr. Eine Polizeitruppe ist aber wertlos, wenn sie zu spät am Ort ihrer Tätigkeit eintrifft und dann mit Hilfe von Maschinengewehren die Aufgabe zu lösen hat, die zeitgerecht mit dem Gebrauch der Polizeimittel hätte erledigt werden können. Im übrigen gehört für den Beruf eines Schutzpolizei-Ober- und -Unterbeamten sowie Sachkenntnis und Vertrautheit mit der schwierigen Aufgabe, aufgepeitschten Massen zum Schutz der Staatsautorität gegenüberzutreten (die Technik der Straßensperren, der Benutzung von Lastautos, die Handhabung von Schlag- und Hiebaffen, die Zusammenarbeit mit der Einzeldienst-Polizei, Kriminalpolizei usw.), daß es unverantwortlicher Leichtsin wäre, dem Großstadtpublikum eine lediglich auf den Schieß- und Exerzierplätzen der Provinz geschulte „Truppe“ gegenüberzustellen.

Andererseits braucht die moderne Großstadt eben doch eine Anzahl von bis zu einem gewissen Grad militärisch geschulten und zusammengeschweißten Polizeiformationen. Wir sind noch nicht reif für die Gummiknüttelverbände der Londoner und New Yorker Polizei. In München mußten wir es wieder erleben, daß zu normalen Zeiten unauffindbare Gewehre im Augenblick der Erregung und der Massenpsychose förmlich aus dem Boden wachsen. Die Entente-Sachverständigen mußten aber doch wohl wissen, daß die Faustfeuerwaffe (Pistole) im Straßenkampf infolge ihrer kurzen Reichweite sowohl wie ihrer Treffunsicherheit nur ein Kinderpielzeug gegenüber wenigen geübten Gewehrschützen darstellt. Im Fall innerer Unruhen werden den reaktionären wie den kommunistischen Formationen von Seiten der Reichswehr sowohl wie der illegalen, nicht auszurottenden Verbände Handfeuerwaffen in einer für den Bürgerkrieg hinreichenden Zahl geliefert werden — das ist kein Zweifel! Wenn die Republik Selbstmord begehen will, dann braucht sie nur den einzigen militärisch verwendbaren republikanischen Formationen, den Schutz-

Das deutsche Angebot.

Cuno und die Industrie.

London, 26. April. (E.C.) Der Berliner Korrespondent der „Central News“ behauptet, die Besprechungen, die gegenwärtig zwischen dem Kanzler Cuno und den Vertretern der Industrie geführt würden, verzögerten die Abfindung von Reparationsvorschlägen durch die Reichsregierung, weil die Industriellen der Auffassung seien, daß eine Gesamtsumme für die Reparationen nicht angegeben werden solle. Man hoffe aber, daß die Reparationsnote Ende dieser Woche abgehen werde.

Lardieu gegen Poincaré.

Paris, 26. April. (E.C.) Im „Echo National“ beschäftigt sich heute Lardieu mit dem bevorstehenden deutschen Angebot und bemerkt die Gelegenheit erneut zu einem heftigen Angriff auf die „Unfähigkeit“ der Regierung Poincaré, das Ruhrgebiet zu einem produktiven Pfand zu machen. Lardieu meint, das kommende deutsche Angebot werde genau das frühere System, nämlich das System der Zahlungsvooranschläge befolgen. Offiziös erklärte man, Deutschland müsse, bevor es zu Verhandlungen zugelassen werde, sich verpflichten, zu den Bestimmungen des Friedensvertrages zurückzukehren. Das bedeute, daß die Befestigung des Ruhrgebietes nur dazu geführt habe, Unterhaltungen wieder aufzunehmen, deren Ruhslosigkeit man bereits eingesehen habe und die infolgedessen zur Befestigung des Ruhrgebietes geführt hätten.

Wozu, sagt Lardieu, hat man die Befestigung des Ruhrgebietes benutzt? Man werde einwenden, man wolle das Ruhrgebiet in zukünftigen Abkommen als ein produktives Pfand benützen und infolgedessen sei heute bereits die Durchführung der Befestigung notwendig. Aber, so meint Lardieu, es genügt nicht zu besetzen, sondern man muß auch ausbeuten. Und das haben wir seit drei Monaten nicht verstanden. Das bedeutet aber doch, daß wir, bevor wir beginnen, Besprechungen abzuhalten, Erfolge haben müssen. Die allgemeine Haltung der offiziellen Kreise zwingt aber zu der Befestigung, daß die Regierung eine andere Auffassung hat und daß sie bereit ist, eine verfrühte Unterhaltung zu beginnen, um den Mißerfolg zu verbergen, den die allzu geringen Anstrengungen eingetragenen haben. Das könnte aber, so schließt Lardieu seinen Artikel, für Frankreich außerordentlich gefährlich werden.

Englisch-russische Spannung.

London, 26. April. (E.C.) Die Beziehungen zwischen England und der Sowjetregierung sind in eine kritische Phase eingetreten. Der Moskauer Regierung wurde eine energische Note zugefandt, die eine Antwort auf die Mitteilungen der letzten Monate enthält. Innerhalb des Kabinetts machten sich Stimmen geltend, daß sofort nach der Hinrichtung des Präzedenzpublikums alle Beziehungen zu Rußland hätten abgebrochen werden sollen. Bonar Law und andere Minister wollten aber erst die Wirkung der neuen Note an die Moskauer Regierung abwarten, weil sie glauben, daß Sowjetrußland sich der schweren Folgen bewußt sei, die ein Bruch mit England herbeiführen würde. Wenn einzelne Kabinettsmitglieder vor diesem Bruch zurückschrecken, so geschähe es nicht zuletzt darum, weil sie davon eine Stärkung der deutsch-russischen Beziehungen befürchten, insbesondere eine Zunahme des deutsch-russischen Handels. Auch der Widerstand der Labour Party gegen einen Abbruch der Beziehungen zu Rußland wird befürchtet.

Eisenbahn-Attentat.

Essen, 26. April. (W.B.) Gestern gegen 11 Uhr abends wurde in unmittelbarer Nähe der französischen Kaserne in der Segerothstraße auf einen von Altkesseln einsehenden Personenzug durch eine Sprengung unmittelbar neben dem Bahngleise ein Anschlag verübt. Hierbei wurden drei Deutsche leicht verletzt; die Fensterhebeln von drei Wagen wurden zertrümmert. Die Täter sind nicht ermittelt, die Untersuchung ist im Gange. Die französischen Behörden, die den Vorfall als Mitleid auf die französische Kaserne ansehen, verlangen Ermittlung und Auslieferung der Täter binnen drei Tagen, widrigenfalls der Beigeordnete Basel und der Polizeinspektor dieses Bezirks ausgewiesen würden.

Freilassung der Zuggeiseln.

Düsseldorf, 26. April. (W.B.) Die von den Franzosen seit einigen Wochen festgehaltenen Geiseln, welche die durch französische Personal geführten Züge begleiten mußten, sind freigelassen worden.

Französische Vorsichtsmaßnahmen.

Ein Geheimbefehl des französischen Oberkommandos im Ruhrgebiet gibt bestimmte Richtlinien, nach denen in Zukunft „Strafexpeditionen“ und Befestigungen vorgenommen werden sollen. Danach müssen bei Strafexpeditionen gegen Städte mindestens ein Infanterie-Bataillon, eine Batterie und eine Tank-Kompagnie, bei vorübergehenden Befestigungen von Zechen oder Werten sowie bei größeren Requisitionen auf diesen mindestens eine Infanterie-Kompagnie mit Maschinengewehren sowie einzelne Geschütze und Tanks eingesetzt werden.

Kardinal Faulhaber in Amerika.

Paris, 26. April. (E.C.) Aus New York wird dem „New York Herald“ gemeldet, der Erzbischof von München, Kardinal Faulhaber, hielt bei dem Empfang im Opernhaus eine Rede, in der er erklärte, er sei nicht als deutscher Propagandist gekommen, sondern er wolle nur seinen Dank für die Ernährung deutscher Kinder durch die Amerikaner aussprechen. Die kaiserliche Regierung habe manchen schweren Irrtum begangen, wie z. B. den Einmarsch in Belgien und die Versenkung der „Coustancia“. Während des Krieges habe der Kardinal in diesem Sinne wiederholt zur kaiserlichen Regierung gesprochen. Bezüglich der Ruhrbesetzung äußerte er nur einen Satz: „Ich hörte von vielen Arbeitern, daß es sehr schwer sei, unter dem Druck der Bajonette zu arbeiten.“ Kardinal Faulhaber schloß mit einem herzlichen Ausruf an die Amerikaner, den deutschen Kindern weiter beizustehen.

Dollar 29 500.

Die bereits angekündigte Verordnung der Reichsregierung über die Aufnahme der Devisenbestände über einen beträchtlichen Einfluß auf das Geschäft am Devisenmarkt aus. Die Verunsicherung wie auch gewisse private Kreise nahmen heute Abgaben vor, die natürlich etwas auf die Kurse drückten. Andererseits besteht aber nach wie vor ein realer Devisenbedarf des Großhandels und der Industrie. Die Schwankungen waren verhältnismäßig gering. Der Dollar wurde gegen Mittag mit 29250 bis 29750 gehandelt. Die Effektenbörse verhielt sich im Hinblick auf die bevorstehenden großen politischen Entscheidungen abwartend. Das Geschäft war ruhig bei wenig veränderten Kursen.

polizeikörpern, die Handfeuerwaffen zu nehmen — dann ist sie bei dem nächsten Ansturm, der Reaktion, wenn nicht erledigt, so doch den schwersten Gefahren ausgesetzt.

Die Interalliierte Militärkontrollkommission stützt sich an der staatlichen „Organisation“ der deutschen Schutzpolizeibände! — England besitzt seit dem „Municipal Improvement Act“ 1834 seine staatliche Schutzpolizei, Frankreich seit dem „Ordonnance de roi de France“, seit Ludwig XIV., staatliche Polizeiverwaltungen! Die „Polizeireserve“ ist überhaupt nur in staatlichem Rahmen denkbar. Sie ist als militärähnliches Gebilde notwendig, solange es unvernünftige Schichten gibt, die entweder bewußt oder unter suggestiver Einwirkung die Autorität des Staates mißachten. Ein militärähnliches Gebilde aber kann nicht in örtlicher Differenzierung existieren. Führung, Einsatz, Personalausgleich dieser Polizeireserve sind zweifellos Sache des Staates; die Einrichtung von Polizeischulen, die Durchführung einer entsprechenden gymnastischen und geistigen Vorbildung, die Uniformierung und Gliederung dieser Verbände ist außerhalb des staatlichen Rahmens gar nicht denkbar.

Auf einem ganz anderen Blatt steht die Eingliederung des verantwortlichen Polizeiverwalters, der über Zeit und Ort des polizeilichen Einschreitens zu verfügen hat, in den Rahmen unserer künftigen Selbstverwaltung. Doch das sind rein innerdeutsche Fragen, in die wir uns einmischen dürfen von seiten der Interalliierten Militärkontrollkommission verbiten müssen.

Die deutsche Sozialdemokratische Partei, deren Führer als Leiter der einzelstaatlichen Verwaltungen durch Schaffung und Umbildung der Schutzpolizei den widerstandsfähigsten Pfeiler der deutschen Republik geschaffen haben, hat das Recht und die Pflicht, gegen unsinnige Forderungen vor allem der französischen Militärs Front zu machen im Interesse des deutschen Volkswolles und der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Geschlagenen schimpfen.

Nachläge zur gestrigen Reichstags-Sitzung.

Deutschnationale Hege hat es zuwege gebracht, daß die Frage des gesetzlichen Schutzes der Versammlungsfreiheit aus der Bahn der Sachlichkeit geriet. Aus Preßegründen versteifen sich die bürgerlichen Parteien auf ein Gesetz, das jeden etwas aufgeregten jugendlichen Versammlungsbesucher in die Nähe des Gefängnisses bringt, seinen Zweck, die Versammlungsfreiheit allen Parteien gleichmäßig zu sichern, aber nicht erreichen wird. Sachliche Verständigungsversuche werden abgelehnt, man setzt sich in den Kopf, den Entwurf, so wie er ist, durchzusetzen, will aber zu diesem Zweck weder einen Tag der vorgezogenen Ruhepause opfern, noch trifft man ausreichende Vorkehrungen, um die Beschlußfähigkeit des Hauses herzustellen. So wird der Bürgerblut in die Niederlage gekehrt, der Parlamentarismus nach Kräften discreditiert.

Was tun die Deutschnationalen jetzt? Eben das, was Feldherren ihrer Sorte in solchen Fällen immer tun. Statt die Unmöglichkeit des Planes zuzugeben, schimpfen sie über die Mannschaften, die nicht pfeilschnell genug gewesen sind und loben gegen den Feind, dessen Strategie sich der ihrigen überlegen gezeigt hat. Alles, was über die notwendige Disziplin gesagt wird, ist richtig, aber man darf auch hinzufügen, daß sich die Disziplin nur dort aufrechterhalten läßt, wo die Ueberzeugung vorhanden ist, daß man für eine gute Sache kämpft. Am 15. Februar vorigen Jahres gab es jene demütigende namentliche Abstimmung, bei der von 113 Mitgliedern der damaligen sozialdemokratischen Fraktion 112 anwesend waren und für das Kabinett Wirth stimmten, ein einziger, ein Schwertkranz, fehlte! Eine solche Präsenz wird man niemals erzielen, wo nicht die Parteien mit ihrer ganzen Ueberzeugung bei der Sache sind.

Schon gestern war hier berichtet, daß sich der Feldzugsplan der Gegner auf der ebenso schmutzigen wie dummen Spekulation aufbaute, die Sozialdemokraten würden schon klein beigeben, wenn sie vor die Gefahr gestellt seien, ihre Diäten zu verlieren. Mit dem Fehlschlag dieser Spekulation, den jeder anständige Mensch doch eigenlich hätte voraussehen müssen,

suchen sich die deutschnationalen Strategen jetzt auf die verschiedenste Weise abzufinden. Aus der Tatsache, daß die Sozialdemokraten nicht schon vor der ersten, sondern erst vor der dritten namentlichen Abstimmung den Saal verlassen, ziehen gewisse deutschnationale Blätter den Schluß, den Sozialdemokraten sei die Trennung von den Tagegedern doch sehr schwer gefallen, „beinahe“ also wäre der geniale Plan geglückt. Noch um einen Grad schmutziger benimmt sich der berüchtigte Fernandes der „Kreuzzeitung“, der den Gang der Dinge folgendermaßen schildert:

Inzwischen war von den Sozialdemokraten ein Änderungsantrag eingegangen, über den abgestimmt werden sollte. Die bürgerlichen Parteien beantragten namentliche Abstimmung. Und nun gab es wieder eine Ueberraschung. Die Sozialdemokraten blieben der Abstimmung fern. Der Antrag wurde mit 199 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Die Sozialdemokraten hatten also jetzt die Diäten gesopfert. Sucht man nach einer Erklärung für ihr merkwürdiges Verhalten, dann drängt sich die Vermutung auf, den Herrschaften sei Entschädigung aus Parteimitteln in Aussicht gestellt worden. Eine solche Verwendung von Arbeitergroschen müßte aufs schärfste verurteilt werden.

Solche Vermutungen liegen allerdings sehr nahe für Leute, die nie begriffen haben, daß Ueberzeugung etwas ist, was über dem Geld steht. Daß Herr Fernandes als Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion so gehandelt hätte, wie er vermutet, daß andere gehandelt haben könnten, glauben wir ihm aufs Wort, aber er kann gewiß sein, daß Leute mit einer solchen Höhe der Moral dort nicht geduldet würden, die sind eben in der „Kreuzzeitung“ schon eher möglich.

Die Deutschnationalen haben in ihrer Presse ihre Karten aufgedeckt. Ihnen geht es um viel mehr als um dieses Gesetz, nämlich um eine willkommene Gelegenheit, den Bürgerblock bis auf den letzten Demokraten und den letzten Zentrumsarbeiter unter ihr Kommando zu stellen und gegen die Sozialdemokratie einzuzerzieren. Man hat gestern und vorgestern sehr viel über Bayern geredet, man hat dabei aber, scheint es, nicht bemerkt, wie zielbewußt von rechts her daran gearbeitet wird, bayerische Zustände im ganzen Reich herbeizuführen.

Stinnes und der Marksturz.

Der „Vorwärts“ hat vor mehreren Tagen mitgeteilt, daß Herr Stinnes bei Beginn des letzten Marksturzes an einem einzigen Tage für mehrere Millionen Goldmark Devisen gekauft habe. Tagelang ist diese Meldung unwidersprochen geblieben. Die Herrn Stinnes dienliche Presse schwieg sich vollkommen aus. Auch die „Berliner Handels-Gesellschaft“, die diese Käufe vorgenommen hat, schweigt. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ jetzt mitteilt, geschah das, weil Herr Stinnes glaubt, niemand Rechenschaft über seine Privat-handlungen zu schulden und der Notwendigkeit, auf Gassengerade und Börsengerade einzugehen, entgehen zu sein. Von dieser Absicht aber will Herr Stinnes jetzt abweichen, weil diese Mitteilung auch in die ausländische Presse übergegangen sei. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt deshalb, daß weder Hugo Stinnes noch seine Firma zur Zeit des letzten Marksturzes Devisenkäufe vorgenommen haben.

Wir halten die Angelegenheit mit diesem nicht einmal von Herrn Stinnes selbst herrührenden Dementi durchaus nicht für erledigt. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß das Dementi recht und bestimmt gehalten ist und nicht ohne Absicht die bedeutungsvollen Worte „zur Zeit des letzten Marksturzes“ enthält. Im übrigen braucht man sich nur daran zu erinnern, daß Herr Stinnes auch seine berüchtigte Redewendung im Reichswirtschaftsrat, Stabilisierung sei Quacksalberei, zuerst mit einem Dementi bedacht hatte. Unsere Informationen veranlassen uns deshalb, unsere früher aufgestellten Behauptungen in vollem Umfang aufrechtzuerhalten.

Es erscheint uns im übrigen jetzt dringender erforderlich zu sein, daß der Reichsbankpräsident Havenstein ebenso wie der Reichskanzler Cuno sich zu dieser Angelegenheit äußern. Ihre Darlegungen lassen keinen Zweifel daran, daß sich in ihren Händen ganz konkretes Material befindet. Es

geht nicht an, daß sie diese Kenntnis der Öffentlichkeit vorenthalten. Nur durch schonungslose Aufdeckung der überaus gefährlichen Manöver gegen die Mark ist die Stützungsaktion überhaupt aufrechtzuerhalten. Schweigen heißt deshalb Stärkung dieser Kreise und Gefährdung der Stützung.

Deshalb halten wir auch die genaue Nachprüfung der gesamten Vorgänge auf dem Börsenmarkt für erforderlich. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sie verlangen, wenn sie nicht bereits vorher durch die Regierung durchgeführt werden sollte.

Zu dem sogenannten Dementi des Stinnes-Organs veröffentlicht der Korrespondent des „New York Herald“ folgende Erklärung:

„Der Berliner Korrespondent des „New York Herald“ hat am Dienstag, abends etwa 8 Uhr, eine ungefähr halbstündige Unterredung mit einem hochgestellten persönlichen Vertreter von Hugo Stinnes gehabt. Der Inhalt dieser Unterredung ist in dem Bericht seines Blattes völlig richtig wiedergegeben und wird vom Korrespondenten ausdrücklich aufrechterhalten. Den Namen des Stinnes-Berichters kann der Korrespondent in der Öffentlichkeit nicht preisgeben, da er dem Interviewten auf dessen Bitte versprochen hat, von dem Namen keinen publizistischen Gebrauch zu machen. Er ist aber jederzeit bereit, der „D. A. Z.“ den Namen vertraulich mitzuteilen.“

Kommunistischer Betriebsräte-Kongress.

Neue Parolen.

Die Kommunisten haben gestern in Essen ihren seit längerer Zeit vorbereiteten Betriebsräte-Kongress abgehalten. Gegenüber der irreführenden Meldung des Wolffschen Bureaus, das von einem „Allgemeinen Betriebsräte-Kongress der gesamten Berg- und Hüttenindustrie im Rheinland und Westfalen“ spricht, muß betont werden, daß es sich auf diesem Kongress um die übliche rein kommunistische Veranstaltung handelt. Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß nach eigener Angabe der Kommunisten nur 135 Schachtanlagen mit 94 Kommunisten, 45 Parteilosen (1) und 81 Unionisten vertreten waren. Die Resolution dieses Kongresses, dessen Hauptzweck die Organisation des Kampfes gegen die Gewerkschaften ist, wendet sich gegen die französische Besetzung, verlangt die Errichtung einer „Arbeiterregierung“ und fordert die Arbeiterschaft auf, sich „die Deputatskölle selber zu holen“. Gegenüber diesen Forderungen der Kommunisten, die daraus hinauslaufen, ob gewollt oder nicht, den passiven Abwehrkampf in einen aktiven zu verwandeln, muß auf den Aufruf der Bergarbeiterverbände hingewiesen werden, über den wir in der heutigen Morgenausgabe berichteten. Die Organisationen der Bergarbeiter wenden sich gegen alle Versuche, die Arbeiterschaft in unbesonnenen Aktionen hineinzuzerren, weil der Abwehrkampf nur als passiver Abwehrkampf erfolgreich sein kann. Ein Generalstreik oder gewalttätiges Vorgehen würde nur dem französischen Imperialismus und Militarismus nützen.

Ludendorffs Glaubwürdigkeit.

Eine Nachprüfung vor dänischen Gerichten.

Am 5. Februar d. J. veröffentlichte ein Mitarbeiter der konservativen Kopenhagener Zeitung, „Berlingske Tidende“, Herr Sonning, einen Artikel über einen Besuch, den er bei Ludendorff in Grims-Ludwigs-Höhe gemacht hatte. Als gleichzeitig das liberale Kopenhagener Blatt „Politiken“ bei Ludendorff einen Artikel bestellte und auf das Sonning'sche Interview verwies, erklärte Ludendorff, er habe den Vertreter der „Berlingske Tidende“ nie empfangen oder gesehen, eine Behauptung, die er verstärkt in zwei weiteren Schreiben an „Politiken“ wiederholte.

„Politiken“ bezeichnete daher das Interview als eine Fälschung und Herr Sonning erhob daraufhin Beleidigungsklage, deren erster Termin dieser Tage stattfand. Sonning will den Wahrheitsbeweis antreten und „Politiken“ beantragen, Ludendorff als Zeugen an seinem Wohnsitz vernehmen zu lassen. Man darf gespannt sein, ob Ludendorff seine Ableugnung aufrechterhalten oder welche Notizen er andernfalls angeben wird.

„Gianni Schicchi“ von Puccini.

Erstaufführung in der Staatsoper.

Als Aufakt zum neuen Puccini erklang Blochs reizender, melodiefunkelnder, wichtiger Einakter „Versiegelt“ unter der noch zu wenig geschätzten Dirigierkunst des Komponisten. Man war in bester Laune und rüßte das Zwischenspiel für den Buffoakt des ersten und ersten Meisters jenseits der Alpen, man erwartete das kleine Pendant zum Hosiass des alten Verdi, die letzte Zusammenfassung und Hochspannung eines Dramatikers zum Wurf der komischen Oper. Das wurde es nicht. Aber eine derb zugrundende, im Stil einer Bauernkomödie oder eines karnevalesken Scherzes roch ablaufende Unterhaltungskunde mit einer Musik, die der Situation geschmackvoll gerecht wird.

Die Figur des schlauen Bauern Schicchi ist köstlich. Man vergißt, oder weiß es erst nach der Schlußrede an das Publikum, daß es ein Kriminalfall aus Dantes Inferno ist. Die weinenden Erben des Buoso Donati erbsuchen im Testament des eben Verstorbenen, daß er sein Hof und Gut dem Kloster vermacht hat. Die Krokodilstränen versiegen, Befürzung folgt der Trauer. Der einzige, der hier retten kann, ist Schicchi. Da keiner in Florenz noch von dem Todesfall weiß, so flüchtet er sich in die Gewänder des Toten und diktiert als Sterbender dem herbeigerufenen Notar ein neues Testament des Donati. Alle Erben erhalten ihr Teil und segnen den klugen Helfer; nur das Unerbte: Maulkorb, Haus- und Landgut, vererbt er seinem lieben Freunde Schicchi. Da nach florentinischem Gesetz auch die Mitwörter einer Testamentsfälschung mit Verbannung und dem Verlust der rechten Hand bestraft werden, so zwingt Schicchi jeden Einspruch der geprellten Erben rasch nieder, indem er ihnen leimotivisch das Abschiedslied eines Bekannten: „Addio Firenze“ vorsingt. Schließlich wirkt er die ganze Gesellschaft aus seinem nun ihm eigenen Haus heraus, macht ein Liebespaar glücklich und appelliert an das Publikum, ihm für seine Verbannung in Dantes Hölle durch Applaus Benußung zu geben.

Diese Szenenfolge Forzamos hat in ihrer possenhaften Leichtigkeit ein Gutes, das zur Verionung reizt: Tempo. Und Tempo hat auch diese Partitur, diese Aufführung. Die kleinen, die winzigsten Motive werden spielerisch, launisch, pathetisch, grotesk variiert, ohne gerade ein eigenes Gesicht zu haben. Die lyrische Melodie verflucht, da keine Frauengestalt da ist, die Herz und Gemüt in Bewegung brächte. Raum ein Hauch von den Poesien Minis medel sich schattenhaft. Viel anderes, was gefänglich aussieht, ist nur eine Art Farfando. Die Szene und das Wort verpflichten, erzeugen eine Musik, die immer gut klingt und in der Kleinmalerei sogar blendende Bilder hat, im humorigen aber nicht mehr schöpferisch, sondern nur noch Anhängel des Theaterspoies ist. Es fließt alles so frei und glatt aus der Hand eines Virtuosen, daß die jede Form auch ohne härteren Inhalt wirksam unterhaltend bleibt. Wenn in diesem an-

regenden Presto die Worte über die Rotenlöse dahinjagen, so fragt man zuletzt nicht mehr, welche vollwertig, welche hohl sind. Auch ein Talent zweiten Ranges hätte dieses Werk so komponieren können, und die Feinheiten des speziellen Instrumental-Charakterisierens haben schon viele gerade aus Puccinis früheren Partituren eterniert.

So steht und fällt der Erfolg des Einakters mit dem Tempo und dem Witz der Darstellung. Stiedry sorgte für diese Grundbedingung außerordentlich musikalisch. Scheidl stand als Mischung von Rephilo, Godelhahn, Tyrano anfeuernd, schlau, drastisch und überlebensgroß in einem quersüßigen, durcheinanderpolternden und doch klar gegliederten Ensemble der lustigen Unerfährlichkeiten. Der Erfolg war da.

Rurt Singer.

Wagner-Theater: „Des Königs Nachbarin“. Eine Fredericus-Reg-Operette. Sie kommt ja nicht ausbleiben, nachdem Kinno und Caseltanzerte genügend ihren Patriotismus bewiesen haben.

„Des Königs Nachbarin“ ist die Frau jenes Müllers, der dem allmächtigen König mit dem Kammergericht droht. Als Kronprinz hat er bei einem „ungefährlichen“ Ausflug mit seinem Freund Graf v. Wartensleben ein kleines Liebeserlebnis mit einer niedlichen Lindenwirtstochter. Sie, die restlose Anbeterin von allem, was mit dem Hof zusammenhängt, verwindet es natürlich noch viel weniger als der überlegene Philosoph, der mit dem Moment der Thronbesteigung solche Dinge in eine besondere Schublade wirft. Ueber-bleibt heiratet sie den sie innig liebenden Müller. Aber die Kronprinzessie brodelt immer noch in ihr, bis der König, dem sie sich bei der ersten Begegnung wieder fast ebenso willenlos an den Hals wirft wie das erstemal, sich ihrem Mann gegenüber scheinbar als Tyrann zeigt, während jener als wahrer, mutiger, aufrechter Held vor ihr steht. Jetzt ist die alte Schwarmmelie überwunden, die Gattenliebe für alle Zeiten besiegelt; aber ganz wie der Frühling es gewohnt hat.

Fritz Grünbaum und Wilhelm Sterk haben Ernst und Humor gut gemischt, nur ist die Notivität manchmal allzu sehr aufgetragen. Nichts Aufregendes, aber eine nette Unterhaltung für die allerdings etwas reichlich lange Zeit. Leon Jettel, der Komponist des „Schwarzwaldbädel“, hat sich so recht nie wieder erreicht, aber etwas Wertvolles, so namentlich in den letzten Szenen mit ihrem populären Einschlag, steht immer in seinen Partituren, nur hängt auch bei ihm schon die gefährliche Erfolgsroutine zu wirken an. Den stürmischen Erfolg, den die Operette errang, verdankt sie aber hauptsächlich ihrer prachtvollen Aufführung, die Julius Brandt, der Spielleiter und der Komponist, ganz hervorragend einstudiert haben. Auch die Bühnenbilder der Frau Elie Opler-Regand sind vorbildlich. Der Kronprinz, und noch mehr der König, Max Grünberg, sein Freund Rolf Brunner, die schwärmende und feinfühlig gedämpfte Lindenwirtstochter, Georg Schmieler, der ganz einzige junge Müller, Julius Brandt, Lotie Demis, sie alle trafen den Ton dieser historischen Operette mit ihrer Mischung von altpreußischer Einfachheit, höfischer Trottelhaftigkeit und neuem Volkstum ganz ausgezeichnet. Heinrich Maurer.

Rückschau auf den Röntgenkongress. Die wissenschaftlichen Beratungen des deutschen Röntgenkongresses, der in diesen Tagen in München stattfand, brachten zusammen mit der großen Röntgenausstellung wertvolle Ergebnisse. Namentlich wurde die Anwendung der Röntgentherapie bei Lungenerkrankungen behandelt, wobei allseitig die günstigen Ergebnisse der Bestrahlung bei Lungentuberkulose anerkannt wurden. Des weiteren besaßen man sich mit neuen Ergebnissen der Röntgenbehandlung bei Basedow'scher Krankheit, die den Erfolgen der Chirurgie kaum nachsehen dürften, und mit Röntgenbehandlung von Magen- und Darmkrankheiten. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Tagung ist aber entschieden der großartige Eindruck gewesen, den die Arbeit des wissenschaftlichen Deutschland auf die zahlreichen Ausländer gemacht hat, die an dem Kongress teilnahmen. Demzufolge gab auch namens der Ausländer Professor Remenow-Petersburg eine Erklärung ab, in der er die führende Rolle der deutschen Wissenschaft rückwärts anerkannte und die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen im wissenschaftlichen Leben forderte.

Bergriesen unter Wasser. Durch die Korbeltungen und die Ausbesserung von Kadeln ist unsere Kenntnis von der Geographie des Ozeans in letzter Zeit immer größer geworden. Es ist aber weniger bekannt, daß es Gebirge unter der Oberfläche des Meeres ebenso gut gibt wie auf dem Festland, und daß einige dieser unterseeischen Bergketten so hoch sind wie die Alpen und die Anden. Einer der höchsten Berge unter Wasser ist Laura Eibel, der in der Mitte des Atlantischen Ozeans liegt. Dieser Bergriebe ist über 12 000 Fuß hoch; der Gipfel befindet sich weniger als 200 Fuß unter der Meeresoberfläche. Dieser Berg ist von den Ozeanographen mit Hilfe von Rotungen so oft erforscht worden, daß er ebenso gut bekannt ist wie der Mont Blanc, obgleich ihn noch niemals jemand gesehen hat. In derselben Gegend befindet sich ein anderer unterseeischer Berg, der Mount Chanoe, der vor etwa 70 Jahren entdeckt wurde. Sein Gipfel ist etwas über 100 Fuß unter der Wasseroberfläche, während seine Höhe mit etwa 10 000 Fuß angegeben wird. Der Gipfel eines anderen Meerberges, der Mount Bloeontia, liegt nur 30 Fuß unter dem Meerespiegel. In einem anderen Teil des Atlantischen Ozeans ist eine Bergkette bekannt, deren verschiedene hohe Gipfel nach den Mitgliedern der englischen Königsfamilie benannt sind. Diese unterseeischen Bergriesen können, wenn sie nicht bekannt sind, den Schiffen gefährlich werden. So gibt es im Süden des Atlantischen Ozeans eine unterseeische Gebirgskette, deren höchster Gipfel Salmhill heißt. Am Fuße dieses Berges sollen nicht weniger als 5000 Wracks liegen, die hier im Laufe der Zeit gescheitert sind.

Ein Koro-Holz-Expede deutscher Künstler. Zu Koro Holz 60. Gebirg haben führende Künstler Deutschlands in einer ihrer Werke zur Verfügung gestellt. Diese Werke werden in einer Reihe, die in hundert Stücken erscheint, gesammelt und zum Verkauf gebracht werden. Der Auftrag der Koro Holz in Form einer Stiftung übergeben werden. Die Auktionierung hat der Verlag Fritz Gurlitt in Berlin.

Ein neues amerikanisches Telegraphenbuch. Nach einem Bericht der amerikanischen Akademie für Wissenschaften hat der amerikanische Chef des Signalwesens Georges Equier ein telegraphisches Alphabet erfunden, das 2,65mal rascher arbeitet als das Morse'sche.

Prozess Kuttner — Davidsohn.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung wird zunächst auf Antrag Kuttners festgestellt, daß unter den jetzt vernommenen Zeugen nur zwei sich befinden von den sieben, die nach der Tat beim Ermittlungsverfahren gegen Kuttner vernommen wurden und alle zu dessen Gunsten ausgesagt haben.

Dann begannen die Plädoyers der Rechtsanwälte Werthauer und Obornicker, die dem Privatkläger Kuttner zur Seite stehen.

Auch Kuttner ergriff zu längeren Ausführungen das Wort und drückte zunächst sein Bedauern aus, daß die Staatsanwaltschaft nicht schon früher und auch jetzt von Amtswegen das Verfahren eingeleitet hat. Der Staatsanwaltschaft wäre es viel leichter gewesen, die Zeugen der Tat zur Stelle zu schaffen. Von Seiten des Angeklagten sei in keiner Weise der Versuch unternommen worden, den Wahrheitsbeweis anzutreten, sondern er habe von ihm, Kuttner, stets verlangt, daß er den Richtwahrheitsbeweis antrete. Bei dem ganzen Vorgehen Davidsohns habe es sich

um eine Verleumdung gehandelt, um ihm als Politiker und Mann, der im öffentlichen Leben steht, die Ehre abzusaugen und sein Wirken unmöglich zu machen. Schon um das politische Leben und Wirken in Deutschland zu schützen, bitte er den Gerichtshof, seine angegriffene Ehre wiederherzustellen.

Bei Schluß des Blattes spricht der erste Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Theodor Liebknecht, der dabei erklärt, daß er

ohne weiteres zugebe, daß sich aus der Beweisaufnahme die Tatsache etwas verschoben

habe. Mord komme natürlich nicht in Frage. Die Tat sei in der Erregung passiert. Entweder lege Totschlag vor oder eine grobe Heberfährdung der Rotwehr aus Bestürzung oder Schrecken.

Bei Redaktionsluß dauern die Ausführungen an. (Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Zwischenfälle im Ruhrgebiet.

Heene, 25. April. (WZ.) Infolge der Befehle der Schachanlagen Cöhringen 1 und 4 durch die Franzosen hat die gesamte Belegschaft die Arbeit niedergelegt. Dadurch ist Heene und ein großer Teil der umliegenden Orte, die von diesen Anlagen das Gas erhalten, ohne Gas und Straßenbeleuchtung. Die Franzosen haben daraufhin über diese Orte von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh die Verkehrsperre verhängt. Nur Ärzte, Hebammen, Priester und Arbeiter, die zur Arbeit gehen oder von der Arbeit kommen, dürfen in dieser Zeit die Straßen betreten. Jede einzelne Person muß eine brennende Laterne bei sich tragen, da sonst geschossen wird.

Münster, 25. April. (WZ.) Ueber Hattingen ist wegen angeblicher Beschädigung eines französischen Postens und Zerstörung französischer Telefonleitungen eine verhängte Verkehrsperre von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh verhängt worden, desgleichen über Sprachhöfen ebenfalls wegen angeblicher Zerstörung französischer Telefonleitungen. Das Postamt in Sprachhöfen wurde von den Franzosen besetzt und geschlossen. In Osterfelde und Oberhausen wurden zwei Eisenbahnen, die Ruhrgelder ausachten, mit der Begründung, daß sie Streifgelder vertheilen, von den Franzosen verhaftet.

Bureaukratismus der Reichsbehörden.

Interpellation im Stadtparlament.

Am Schluß der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses gab der Rämmerer aufsehenerregende Erklärungen über den Bureaukratismus der Reichsbehörden bei der geplanten Rotstandsaktion. Mit Rücksicht auf die zunehmende Erwerbslosigkeit hatte das Reich die Stadt Berlin aufgefordert, Vorschläge über dringliche Arbeiten zu unterbreiten, die sich zur Einbeziehung in die produktive Erwerbslosenunterstützung eigneten. Der Magistrat hat hierbei mit Recht in erster Linie diejenigen Arbeiten namhaft gemacht, die im Interesse der Stadt und der Allgemeinheit am dringlichsten sind und für die die Stadt bei ihrer augenblicklichen finanziellen Notlage Mittel in ihren Haushalten nicht oder nur in ganz unzulänglichem Maße einstellen konnte. Hierzu gehört in erster Linie die Fertigstellung der Nord-Südbahn. Das Reich hat erklart, hierzu keinen Pfennig mehr zu bewilligen, die Teilnahme des Reiches sei mit den bereits gegebenen 125 Millionen Mark erschöpft (!). Weiter hat der Magistrat diejenigen Arbeiten namhaft gemacht, bei denen die Materialkosten im Vergleich zu den personellen Kosten verhältnismäßig gering sind. Hierzu gehören im Hochbauweisen Ausbesserungsarbeiten an den städtischen Gebäuden und im Tiefbau die dringend notwendige Ausbesserung städtischer Straßen.

Auch hier hat das Reich einen Zuschuß abgelehnt und verlangt neue Vorschläge, abgleich bei Neubauten nur etwa 25 Proz. der Gesamtsomme tatsächlich den Erwerbslosen zugute kommen würden, während bei Ausbesserungen fast 70 Proz. auf Böhe entfallen. Der Haushaltsausschuß hat daraufhin beschlossen, den Magistrat heute abend in der Stadtverordnetenversammlung über diese ganz unverständliche Stellungnahme der Reichsbehörden zu interpellieren. Es wird sich nun zeigen müssen, ob wirklich auch in der jetzigen Notlage der Bureaukratismus weisfremder Reichsbehörden über die Vernunft und über die Notwendigkeit einer wirklich produktiven Erwerbslosenunterstützung triumphieren soll.

Devisenkurse.

	26. April		25. April	
	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs
1 holländischer Gulden	11571.50	11428.50	11570.76	11727.25
1 argentinische Papier-Peso	10573.50	10528.50	10562.77	10017.23
1 belgischer Frank	1700.73	1709.25	1745.62	1734.38
1 norwegische Krone	4977.52	5002.48	5311.68	5338.32
1 dänische Krone	5446.55	5473.65	5635.87	5594.13
1 schwedische Krone	7780.62	7789.33	7855.06	7894.94
1 finnische Mark	—	—	825.95	880.17
1 japanischer Yen	13965.—	14035.—	13965.—	14034.—
1 italienische Lire	1423.91	1436.06	1423.68	1466.32
1 Pfund Sterling	184662.50	183837.50	188852.50	189357.50
1 Dollar	29127.—	29273.—	29825.25	29974.75
1 französischer Frank	1960.08	1980.02	2029.91	2040.09
1 brasilianischer Milreis	8117.18	8132.82	8165.—	8208.—
1 Schweizer Frank	5296.72	5323.28	5441.86	5568.64
1 spanische Pefeta	4423.90	4451.10	4558.57	4581.43
100 österr. Kronen (abgefl.)	—	—	41.50	41.81
1 tschechische Krone	862.33	867.17	880.77	894.23
1 ungarische Krone	—	—	5.48	5.52
1 bulgarische Lewa	—	—	218.45	219.55
1 jugoslawischer Dinar	—	—	304.23	305.77

Um das Deutsche Opernhaus.

Die Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg beschloß gestern mit den Vorgängen im Deutschen Opernhaus. Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgende Anfrage gestellt: „Hat das Bezirksamt seine Aufmerksamkeit den Vorgängen zugewandt, die sich beim Deutschen Opernhaus seit der Abreise des Intendanten Hartmann nach Amerika abgespielt haben? Hat das Bezirksamt darauf geachtet, daß die der Stadt vertragsmäßig zustehenden Rechte nicht verletzt werden? Genosse Dr. Borcharadt begründete die Anfrage. Er wies darauf hin, daß vor 10 Jahren die Bestrebungen der verschiedensten Körperschaften, der Berliner Bevölkerung Opernvorstellungen zu angemessenen Preisen bieten zu können, von der Stadt Charlottenburg durch den Bau des Deutschen Opernhauses wirksam unterstützt und verwirklicht wurden. Die damals noch kleine sozialdemokratische Fraktion wollte das Unternehmen zu einem städtischen machen; diesen Standpunkt vertritt auch heute noch einstimmig die Fraktion. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung war anderer Meinung und wählte für das Unternehmen die private Betriebsform unter maßgebendem Einfluß der Stadt, aber unter völliger Befreiung der künstlerischen Leitung von jedem behördlichen Einfluß.“

Unter der Leitung Hartmanns

hat das Deutsche Opernhaus sich in den zehn Jahren seines Bestehens künstlerisch und finanziell durchaus gut entwickelt und eine im ganzen gute künstlerische Höhe erreicht. Durch den Zwang, infolge des wirtschaftlichen Niederganges die Preise erhöhen zu müssen, wurden große Teile der Bevölkerung vom Besuch des Hauses ausgeschlossen. Diesem bedauerlichen Zustand suchte der Intendant Hartmann in sehr verständiger Weise zu begegnen durch Veranstaltung billiger Sonntagnachmittagsvorstellungen, an denen das Volksbildungsamt der Stadt Charlottenburg, die Freie Volkshilfe und der Bezirksbildungsausschuß der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei gleichmäßig beteiligt waren. Empfindlich überrascht wurde die Öffentlichkeit dadurch, daß sich plötzlich unter der neuen Leitung des Hauses die Verhältnisse änderten. Die Vertreter der Stadt wurden bei einer Neuwahl des Aufsichtsrats nicht wiedergewählt und damit das vorher bestehende gute Verhältnis zwischen dem Unternehmen und der Stadt befristet. Der Intendant Hartmann wurde, während er in Amerika weilte, plötzlich seines Amtes enthoben. Außerdem sind Ereignisse eingetreten, die vermuten lassen, daß die volkstümlichen Nachmittagsvorstellungen gänzlich aufgehoben werden sollen. Um die letzten Reste der Volkstümlichkeit dieses Unternehmens zu erhalten, und um von den wenigen Kulturgütern, die wir nach dem Kriege retten konnten, auch nicht dieses noch zerfallen zu sehen, haben wir uns genötigt, unsere Anfrage zu stellen.

Aus der Geschichte des Unternehmens.

Bürgermeister Scholz beantwortet die Anfrage und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß ihm dadurch Gelegenheit gegeben ist, öffentlich eine sachliche und objektive Darstellung der ganzen Verhältnisse zu geben. Aus der eingehenden historischen Schilderung des Bürgermeisters ist hervorzuheben, daß der Grundgedanke bei Errichtung des Hauses der war, einen volkstümlichen Opernbetrieb zu eröffnen, künstlerisch hochwertige Aufführungen zu möglichst niedrigen Preisen zu bieten. Die Bedingungen, die die Stadt stellte, waren, händige Kontrolle der Eintrittspreise, Wahl von städtischen Vertretern in den Aufsichtsrat und in sozialer Beziehung vier unentgeltliche Schülervorstellungen jährlich und zehn Vorstellungen zu niedrigen Preisen für die Jugend, außerdem sollten zu erwartende Ueberschüsse dem künstlerischen und technischen Personal zugutkommen. Schon 1912 bei Eröffnung des Hauses stellte sich heraus, daß die Kalkulation, trotzdem das Haus 2300 Plätze enthielt, nicht richtig war. Das machte neue Verhandlungen nötig, die zu einer Aenderung des Vertrags führten. In dem Nachtragsvertrag sicherte sich die Stadt ein Widerspruchsrecht gegen die künstlerische Befetzung und ließ sich zur Sicherheit den Fundus des

Hauses übereignen. Mit wechselnden Erfolgen wurde das Haus auf eine gute künstlerische Höhe geführt. 1918 trat eine starke Verschlechterung der finanziellen Verhältnisse ein und wiederholt mußte die Stadt in Zeiten der Not dem Unternehmen hilfsreich zur Seite stehen. Im Juli 1922 mußte die Stadt erhebliche Mittel aufbringen zur Zahlung der Sagen, und auch im Oktober 1922 gelegentlich des Orchesterstreiks gab die Stadt ein größeres Darlehen unter der Bedingung, daß ein Abbau beim Betriebsorchester und Solopersonal erfolge.

Der Konflikt.

Im November lehnte die Generalversammlung alle Vorschläge ab. Vor allem sollte die Stadt ihr Unrecht auf Dekorationen, Kostüme usw. fallen lassen. Glücklich Verhandlungen scheiterten und nun wurde Gewalt angewendet. In einer erneuten durch den Opernverein, welcher den größten Teil der Aktien besitzt, einberufenen Generalversammlung wurde der alte Aufsichtsrat abgesetzt und mit ihm alle Vertreter der Stadt ausgeschlossen. Im Januar 1923 trat Hartmann seine Reise nach Amerika, für die er bereits im September 1922 Urlaub erhalten hatte, an, begleitet von den Glückwünschen städtischer Vertreter und auch der Aufsichtsratsmitglieder des Opernhauses. Die Tatsache seiner Abberufung und der Erziehung seiner Person durch den früheren Vorsitzenden des Aufsichtsrates erfuhr Hartmann erst nach seiner Rückkehr durch die Presse. Gegen die Neubefetzung erhob die Stadt auf Grund ihres Vertrages Einspruch. Gegen die Stadt selbst ist eine Feststellungsklage angestrengt worden, durch die entschieden werden soll, ob der Nachtragsvertrag zu Recht besteht. Die jetzige Leitung des Opernhauses bezeichnet diesen Vertrag als „Erpreßung unter Ausnutzung einer Notlage“. Bürgermeister Scholz wendet sich dann scharf gegen die Form der Kündigung Hartmanns und verweist auf Schreiben, das unter einstimmiger Billigung der Runddeputation an Hartmann gerichtet wurde, und seine langjährigen Verdienste um das Deutsche Opernhaus rückhaltlos anerkennt. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, Solopersonal und Orchester durch umfangreiche Kündigungen dezimiert zu haben, entsprechen nicht der Wahrheit. Die Kündigungen wurden vielmehr auf Veranlassung der Stadt, unter Zustimmung des jetzigen Generaldirektors, gegen den Willen Hartmanns ausgeprochen. — Die von der neuen Leitung des Hauses festgesetzten Preise hat die Stadt abgelehnt. Während die Preise für 2., 3. und 4. Rang um 15 bis 50 Proz. erhöht wurden, hat man die Preise der besseren Plätze nicht herabgesetzt. Die Volksvorstellungen will man durch unerhörte hohe Forderungen unmöglich machen. So forderte man für eine Sonntagnachmittagsvorstellung 10 Millionen Mark und erst nach langwierigen Verhandlungen gelang es, diese Forderung auf 3,6 Millionen Mark herabzubringen. Einem solchen Treiben können wir nicht mehr länger zusehen. Diesen Leuten kann die Allgemeinheit nicht mehr länger ein Haus zur Verfügung stellen zu einem monatlichen Richtpreis von 25 000 M., einer Summe, die für einen einzigen Platz im Orchester des Theaters gezahlt werden muß. — Nach diesen Ausführungen beschloß alle Fraktionen die Annahme folgender

Erklärung:

„Die Bezirksversammlung vertritt nach wie vor einhellig die für die Gründung des Deutschen Opernhauses bestimmend gewesenen Richtlinien. Das Opernhaus soll ein gemeinnütziges Unternehmen sein. Der Wille der die Gründung beschließenden Körperschaften der früheren Stadt Charlottenburg war, breiten Schichten der Bevölkerung gute Kunst zu volkstümlichen Preisen zu vermitteln. Der bestimmende Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit ist in jüngster Zeit verlassen worden. Planmäßig hat man versucht, unter Nichtachtung der Verträge die Rechte der Stadt zu beschränken und die Oper zu einem reinen Erwerbsunternehmen zu gestalten. Mit dieser Umstellung können wir uns nicht einverstanden erklären. Wir billigen deshalb in vollem Umfange die Erklärung des Bezirksamtes.“

Die Mai-Miete.

In unserer heutigen Morgenausgabe haben wir die Beschlüsse des Magistrats über die Mietzinsregelung für Mai mitgeteilt. Nach diesen Beschlüssen können die Mieter vom 1. Mai ab in einfachen Häusern 25 Proz., statt bisher 20 Proz., also genau ein Viertel von der Friedensmiete abziehen, der Rest von drei Vierteln der Friedensmiete bildet im Falle der Genehmigung der Beschlüsse durch den Oberpräsidenten künftig die Grundmiete. Von dieser verringerten Grundmiete werden also die festen Zuschläge berechnet. (In Häusern mit besonderen Einrichtungen werden außerdem noch 5 Proz. für den Heizung und Fahrstuhlführer, einschließlich der Kosten des Fahrstuhlbetriebes, von der Friedensmiete abgezogen.)

Der Gau Berlin im Bunde Deutscher Mietervereine ist also mit seiner Forderung auf Herabsetzung der Grundmiete durchgedrungen, ebenso mit seiner Forderung auf Beseitigung der Zuschlägezahlungen. Seit letzter wird die Umlegung der Betriebskosten wieder am Ende eines jeden Monats vorgenommen. Der Magistrat ist den Beschlüssen der bürgerlichen Mitglieder des Wohnungsausschusses, welche die Grundmiete unverändert lassen und den Mietern die Wohnbauabgabe für die Portierwohnung auferlegen wollten, nicht gefolgt. Die Verwaltungskosten, einschließlich des Reinigungsmaterials, sollen in einfachen Häusern 500 bis 600 Proz. der verringerten Grundmiete betragen; die Portierlöhne werden auf die Mieter des Hauses umgelegt, so daß die Portiers nicht mehr bei den Mietern um ihre Löhne betteln zu gehen brauchen, wie das bei ihrer bisherigen miserablen Entlohnung durch die Vermieter der Fall war. Dadurch wird einem bestehenden Mißstand abgeholfen und einer tariflichen Regelung der Portierlöhne steht nichts mehr im Wege. Der Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten soll auf 3000 Proz. der Grundmiete erhöht werden, um die ordnungsmäßige Instandhaltung der Häuser zu gewährleisten. Es ist aber dringend zu fordern, daß nun auch Sicherungen für die Ausführung der Reparaturen geschaffen werden; denn diese Vermieter verharren nach wie vor im Reparaturstreit und stecken diese Gelder einfach in die Tasche, indem sie sich der Kontrolle durch die Mieterverretung entziehen. Erhöhte Zuschläge für laufende Instandsetzungsarbeiten sind zwecklos, wenn die Behörden nicht endlich Mittel und Wege finden, um künftigen Hausbesitzer zur Ausführung der Reparaturen zu zwingen. In dieser Hinsicht verlangen leider viele Sachverständigen und es ist unbedingt erforderlich, daß hier eine grundlegende Aenderung eintritt.

Warendeure der Wohnungsnot.

Ein gemerbsmäßiger Wohnungsschwindler, der auf diesem Gebiete bereits bestraft ist, treibt nach wie vor sein Unwesen mit erbeuteten Millionen. Es ist ein gewisser Heinrich Siepert, der bei dem Wohnungsnotstand von Kurt Horn früher beschäftigt war. Siepert verleiht sich Adressen von Wohnungsuchenden, die hier zu Tausenden vorhanden sind, und tritt nun weiterhin als angeblicher Angestellter des Nachweises auf. Er beschuldigt die Bewerber, spiegelte ihnen gute Beziehungen zu den Wohnungsämtern vor und läßt sich hohe Vermittlungsgelder und besonders Vorkaufschüsse zahlen. Zuweilen verlangt er auch Verkaufszuschüsse. Seine ganze Tätigkeit beschränkt sich darauf, das Geld einzusaugen. Wer dazu betrogen kann, den Schwindler endlich zu fassen, aber wer von ihm betrogen

worden ist, ohne bisher Anzeige gemacht zu haben, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei in Zimmer 392a des Polizeipräsidentiums persönlich oder auch schriftlich zu melden.

Weiterbau der Nord-Süd nach Tempelhof.

Die neue Anschließlinie.

In der gestrigen Bezirksversammlung zu Tempelhof machte der Bezirksverordnete Mast (Dem.) die aufsehenerregende Mitteilung, daß es ihm nach monatelangen Verhandlungen mit dem Generaldirektor der Nord-Südbahn-Gesellschaft gelungen sei, gestern nachmittag die Zusage zu erhalten, daß am Bahnhof Gneisenaustraße der Nord-Südbahn eine neue Anschließlinie nach Tempelhof gebaut werden soll. Der gegenwärtig geplante Bau einer Anschließlinie nach Reutlin wird von diesem neuen Projekt nicht berührt. Geplant sind zwei Bahnhöfe an der Kreuzbergstraße und am Hohenzollern-Parso (Neu-Tempelhof). Von dort wird die Bahn als Einschmittbahn nach ein Stück weitergeführt. Die Regierung hat bereits zur schnellen Ausführung dieses neuen Baues die Uebernahme der Kosten in zwei Drittel Höhe zugesagt. Mit dem Bau soll so bald wie möglich begonnen werden, damit die Berliner Erwerbslosen bei diesen neuen Bauarbeiten der Stadt eine möglichst vielseitige Beschäftigung finden. Das Projekt wird auch durch die bevorstehende Eröffnung des Flughafens auf dem Tempelhofer Feld gefördert werden. Der Süden Berlins erhält dadurch die schon seit Jahren erwartete Verbindung mit der Nord-Südbahn. Das Projekt erregt in den in Frage kommenden Kreisen großes Aufsehen.

Das Gerücht von einem Kapitalverbrechen war heute morgen im Südwesten der Stadt verbreitet. Aus dem Urbanhafen wurde die Leiche eines unbekanntes Mannes gefunden, der etwa 8 bis 10 Tage im Wasser gelegen haben mag. Weil sie eine Verletzung oberhalb des rechten Ohres aufweist, so wurde auch die Kriminalpolizei benachrichtigt. Ob jedoch diese Verletzung zum Tode geführt hat, ist sehr zweifelhaft. Vermutlich rührt sie von einem Bootstohlen oder dergl. her. Gewißheit kann erst die Obduktion bringen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht. Der Mann mag etwa 40 Jahre alt gewesen sein und hat seiner Kleidung wohl dem Mittelstande angehört.

Wassereintritt im Bergwerk. Ein Bergwerk in Saffordshire wurde überschwemmt. 118 Bergleute konnten sich retten, 7 werden vermisst, einer wurde tot aufgefunden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit wiederholten Regenschauern und frischen südwestlichen bis westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Freitag, den 27. April:

- 5. Kreis Friedrichshagen. Kreisversammlung, 8 Uhr. Sitzung bei Pauer, Straße Friedrichshagen 1. Sämtliche Abteilungen und die Exekutive des Kreises müssen vertreten sein.
- 6. Kreis Kreuzberg. 8 Uhr. Sitzung der Abteilungsleiter, der Mitgliedervertreter und der Obleute der kommunalen Kommissionen bei Wolf, Großstraße.
- 126. Abt. Weihenau. 8 Uhr. Kreis-Friedensgarten, Wilschstraße. Sitzung des Bildungsausschusses.

Gewerkschaftsbewegung

Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat.

Bisher war die Frage hart umstritten, ob die vom Betriebsrat in den Aufsichtsrat entsandten Arbeitnehmervertreter das Recht haben, an der Generalversammlung des Unternehmens teilzunehmen. Jetzt liegt die Entscheidung einer Beschwerdeinstanz vor, durch die die Rechtslage wesentlich geklärt wird. Der Gewerbeverband in Flensburg hat unter dem 4. Januar folgende Entscheidung getroffen: Die in den Aufsichtsrat der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft entsandten Betriebsratsmitglieder haben das Recht, an der Generalversammlung teilzunehmen. Der Flensburger Gewerbeverband begründet diese Entscheidung u. a.: „Nach § 3 des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat vom 15. Februar 1923 (RGBl. S. 209) haben die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitglieder gleiche Rechte mit den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern, soweit nicht im Betriebsratsgesetz und im Entsendungsgesetz etwas anderes bestimmt ist. Hinsichtlich der Teilnahme an der Generalversammlung ist in den beiden genannten Gesetzen weder direkt noch indirekt etwas anderes bestimmt. Demnach steht den dem Aufsichtsrat als Mitglieder angehörenden Betriebsratsmitgliedern das Recht der Teilnahme an den Generalversammlungen zweifellos zu, sofern die übrigen Aufsichtsratsmitglieder dieses Recht genießen.“

Zur Lohnregelung in der Schifffahrt.

Wir werden um Veröffentlichung der folgenden Erklärung ersucht:

In zehn Versammlungen haben die Mitglieder des Deutschen Verkehrsverbundes der Rhein- und Kanalschifffahrt zu dem vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch vom 18. April 1923 Stellung genommen. Einmütig wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Ergebnis der Lohnbewegungen in den Monaten März und April absolut unbefriedigend sei und die Annahme des Schiedsspruches nur erfolgt, weil die wirtschaftliche Kollage der Arbeitnehmer es nicht zuläßt, sie durch die Ablehnung noch zu verschlechtern.

Die Haltung des Reichsarbeitsministeriums fordert die schärfste Kritik heraus. Das Ministerium gebot den Verschleppungsmanövern der Arbeitgeber im Monat März keinen Einhalt. In der Ablehnung der Rechtsverbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 20. März 1923 durch das Ministerium liegt bis heute keine Begründung vor, trotzdem dieselbe durch die Organisation angefordert worden ist.

Bei dem neuen Schiedsverfahren mit der Schiedsgerichtsfindung am 16. April 1923 ließ das Reichsarbeitsministerium durch seinen Vertreter erklären, daß das Verfahren für den Monat März erledigt sei. Es ist dieses eine eigentümliche Methode der Behandlung von Lohnstreitigkeiten. Seit wann nimmt das Reichsarbeitsministerium das Recht für sich in Anspruch, von Arbeitnehmern aufgestellte Forderungen, wenn sie ihm unangenehm sind, für erledigt zu erklären? Es waren Forderungen gestellt für die beiden Monate! Dementsprechend waren unsere Anträge zu behandeln.

Unsere Vertreter haben am Schiedsgericht mit sachlichen und umfangreichem Material nachgewiesen,

daß die Teuerung im März weiter gestiegen und noch nicht zum Stillstand gekommen ist,

daß die Löhne des Schiffspersonals das allgemeine Lohnniveau nicht erreicht haben und unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in der Binnenschifffahrt die Löhne hinter den Löhnen anderer Arbeiter zurückbleiben,

daß der Reallohn der Binnenschiffer ständig sinkt, daß in Anbetracht der politischen Verhältnisse im Westen Deutschlands der Abwehrwille der Binnenschiffer psychologisch und physisch gestärkt werden mußte.

Trotzdem ist ein Resultat zu verzeichnen, das unter normalen Verhältnissen niemals die Zustimmung der Arbeitnehmer gefunden hätte. Das Reichsarbeitsministerium hat damit eine Verantwortung übernommen, an der es noch schwer tragen wird. Denn die Binnenschiffer werden diese ungerechte Behandlung ihrer gerechten Sache nicht vergessen. Alle Tätigkeit der nächsten Zeit wird darauf eingestellt sein, so bald als möglich im wirtschaftlichen Kampf diejenige Entscheidung herbeizuführen, welche den Binnenschiffern als die richtige erscheint.

Für zukünftige Schiedsverhandlungen lehnen die Binnenschiffer jedes Schiedsgericht ab, das unter dem Vorbehalt des Herrn Oberregierungsrates Graebner zusammentritt, desgleichen jedes Schiedsgericht mit dem Tagungsort Berlin, weil wir als Arbeitnehmer in beiden Fällen kein Verständnis für unsere Lage und unsere Auffassungen fanden.

Am 18. April 1923 (zwei Tage nach der Fällung des Schiedsspruches von 8 Proz. Lohnerhöhung für die Binnenschiffer) setzte eine neue Börsenhausse ein. Heute steht der Dollar fast 50 Proz. im Kurse höher als am 16. März 1923.

Diese neue Marktsituation bedeutet die 50proz. Verteuerung der Einfuhrware und damit das Steigen der Inlandspreise. Aufs neue beginnt das Spiel der Valutafaktierung. Die Regierung und das Reichsgericht vertreten die Auffassung, daß Wiederbeschaffungspreis berechnung sei und gefordert werden darf. Als logische Konsequenz können und dürfen wir deshalb den Wiederbeschaffungslohn fordern. Wann sprechen Sie uns den selben zu, Herr Reichsarbeitsminister?

Die außerordentliche Mitgliedschaftskonferenz der Mitgliedschaft Binnenschiffer, Fischer und Wasserbauersonal der west- und süddeutschen Wasserstraßen, Sitz Duisburg.

Sozialdemokratische Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Die Beteiligung an der ordentlichen Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, am Freitag, 27. April, 6 Uhr abends, ist dringende Pflicht.

Streik der Bootbauer.

Nachdem die Arbeitgeber in den Bootbauereibetrieben eine Lohnerhöhung abgelehnt hatten, wurde von den Vertretern der Arbeiterschaft der Schlichtungsausschuß angerufen. Dieser bewilligte in seinem Schiedsspruch vom 18. April ab 4. April eine Lohnerhöhung von 10 Proz., so daß sich hiernach der bestehende Lohn für Bootbauer von 1320 auf 1452 M. stellen würde. Aber auch der Schiedsspruch ist von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Zu der hierdurch geschaffenen Lage wurde am Mittwoch von einer außerordentlichen Versammlung der Bootbauer in Hoffmanns Lokal Stellung genommen. Referent war Schmidt, Vorsitzender der Zehnstelle Berlin des Verbandes der Schiffsbauer. In seinen Ausführungen hob der Redner hervor, daß die Kollegen mit ihren Löhnen weit hinter der Bezahlung anderer Facharbeiter zurückblieben, obgleich es sich in den Betrieben überwiegend um die Herstellung von Sportgegenständen handle, an denen die Arbeitgeber hohe Summen verdienen. Daß sie dennoch nicht einmal die minimale Zulage bewilligen wollen, die der Schiedsspruch als berechtigt anerkannt habe, wies er prozessierend. Die Ortsverwaltung habe sich bereits an den Demo gewandt, eine Verhandlung sei aber noch nicht festgesetzt. Die Kollegen könnten jedoch eine weitere Verschleppung der Lohnregelung nicht dulden. — Die folgende Aussprache befand, daß die Stimmung der Versammlung überwiegend für den Streik war. Die Abstimmung ergab eine reichliche Dreiviertelmehrheit für die Niederlegung der Arbeit, die am Sonnabend in allen Betrieben, in denen die schriftliche Anerkennung der Lohnerhöhung um 10 Proz. verweigert wird, erfolgen soll. Dann wurde zur Wahl der Streikleitung geschritten.

Fragen der Gewerkschaftsorganisation.

Unter vorstehendem Titel besprachen wir im Abendblatt vom 19. April im Anschluß an die Einberufung des Verbandstages der Sattler, Tapezierer und Portefeulierer einige aktuelle Fragen der gewerkschaftlichen Organisation. Wie wir aus einer Zuschrift des Zentralvorstandes des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeulierer entnehmen, wird in den Kreisen seiner Mitglieder vermutet, daß der Artikel von ihm verfaßt werden sei. Diese Vermutung ist falsch. Der Artikel ist weder vom Zentralvorstand dieses Verbandes noch von einem seiner Mitglieder verfaßt oder veranlaßt worden. Das geht übrigens aus dem Artikel deutlich genug hervor. Wir sind selbstverständlich nicht der Meinung, daß der Artikel es allen recht machen konnte. Die Fragen der Verschmelzung von Organisationen wie der Rationalisierung der Gewerkschaftsarbeit,

des Ausbaues der gewerkschaftlichen Einrichtungen zur Bewältigung der neuen Aufgaben usw. sind jedoch so dringend und wichtig, daß ihre rein sachliche Erörterung das Gebot der Stunde ist. Es wäre zu wünschen, daß man sich mit diesen Fragen allenthalben eingehender befähigt. Der Artikel hatte keinen anderen Zweck, als zu einer solchen fruchtbringenden Auseinandersetzung einen Beitrag zu liefern. Wir hoffen, daß er diesen Zweck nicht verfehlt hat.

Baugewerkschaften **Handwerker** **Glaser**, Freitag 5 Uhr im Gewerkschaftshaus: **Kamerjäger** **Mitglieder** **Verammlung**, Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen beim Demo. Jeder Kollege muß persönlich erscheinen da der Saal um 7 Uhr geräumt sein muß.

Zentralverband der Schuhmacher, Freitag, 27. 4., Friedrichstraße 106: **Handwerker** **Verammlung**, Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen beim Demo. Jeder Kollege muß persönlich erscheinen da der Saal um 7 Uhr geräumt sein muß.

Wirtschaft

Englands Agrarkrise.

Der Landarbeiterstreik in England hat die englische Agrarkrise nach dem Kriege in scharfes Licht gerückt. Während des Krieges wurde in England als eine der größten Kriegseleistungen eine blühende landwirtschaftliche Kultur aus dem Boden gestampft. Das frühere Weideland wurde in Acker umgewandelt. Der Staat garantierte den Landwirten hohe Preise, während für die Landarbeiter unter dem Schutze eines Lohnnamens Minimallöhne bestimmt wurden.

Vor einem Jahr wurde aber sowohl die Staatsgarantie für die Preise der landwirtschaftlichen Produkte wie auch das Lohnnamensgesetz aufgehoben. Das hat aber die Agrarkrise heraufbeschworen. Die Lebensmittelpreise der überseeischen Länder gingen zurück, und da England in bezug auf Lebensmittel Freihandelsstaat ist und die Seetransporte in den letzten Jahren infolge der Wirtschaftskrise außerordentlich niedrig waren, machte das überseeische Getreide der englischen Landwirtschaft scharfe Konkurrenz. Hierzu kam noch, daß viele Landwirte, angelockt durch die hohen Preise, während des Krieges und nachher Güter zu hohen Preisen ankauften. Die Spekulation blühte auf, und jetzt in der Periode der Preisrückgänge kommen diese Landwirte nicht auf ihre Rechnung.

Infolge der Deflation ist die Last der landwirtschaftlichen Schulden drückender geworden. Auch stehen die englischen Farmer technisch nicht auf der Höhe und haben nicht die genügende Erleuchtung, was sich aus dem raschen Uebergang zum Getreidebau erklären läßt. Genossenschaftliche Organisationen zur Verwertung der Produkte oder zur gemeinsamen Verwendung von Produktionsmitteln stehen nicht in dem Maße, wie z. B. in Dänemark, zur Verfügung. Hohe Steuern und zwei schlechte Ernten verschärfen noch die Lage. Daher die Agrarkrise, welche die Landwirte belastet, ihre Landarbeiter auf Hungerlöhnen zu halten und sie über die bisherige Arbeitszeit hinaus einzuspinnen.

Eine Regierungskommission hat vor kurzem ihr Gutachten abgegeben, das unter anderem einen für den Weltfreihandel recht unerfreulichen Vorschlag enthält. Danach sollen für einzelne Getreidearten Schutzzölle eingeführt werden, wobei die zum kritischen Reich gehörenden Staaten Vorzugszölle genießen sollen. Auch andere Abwehrmaßnahmen, wie Einfuhrverbote für Kartoffeln usw. wurden vorgeschlagen, daneben aber auch die Wiederherstellung des landwirtschaftlichen Lohnnamens, das wieder Minimallöhne für die Landarbeiter bestimmen soll. Die Regierung dürfte zu den Vorschlägen bald Stellung nehmen.

In der jüngst abgehaltenen Jahreskonferenz der großen Arbeiterpartei (Independent Labour Party) wurde die Frage der Sozialisierung des Bodens erörtert. Ein Beschluß ist nicht gefaßt worden, sondern der Vorschlag zur weiteren Beratung zurückgestellt. Da die I.L.P. für die Politik der Arbeiterpartei, der größten Partei der parlamentarischen Opposition, zurzeit bestimmend ist, dürfte ihr Entschluß in bezug auf die Sozialisierung des Bodens ins Gewicht fallen. Jedermann fühlt aber in England, daß etwas geschehen muß. Der Wunsch der Farmer aber, Unterlassungen vom Staat zu erlangen, die einfach nur Profite für die bessergestellten und mit geringem Kostenaufwand arbeitenden Landwirte bedeuten würden, ist nicht die richtige Methode zur Sanierung der Agrarkrise. Neue Wege müssen gefunden werden, um ihrer Herr zu werden.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schell, Berlin; für Layout: H. Glode, Berlin. Verlag Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlagsdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

Fahrtvergütung!

Allen voran!!

Urteilen Sie selbst

Greifen Sie zu!

Ohne Rücksicht auf große Verluste! Ohne Rücksicht des heute weit höheren Herstellungspreises!

Herren-Anzüge . 165⁰⁰⁰, 129⁰⁰⁰, 95⁰⁰⁰, 45⁰⁰⁰
Jünglings-Anzüge 75⁰⁰⁰, 58⁰⁰⁰, 23⁰⁰⁰
Sommer-Schlüpfer . . . 145⁰⁰⁰, 95⁰⁰⁰, 52⁰⁰⁰
Gummi-Mäntel 120⁰⁰⁰, 75⁰⁰⁰, 58⁰⁰⁰
Hosen 28⁰⁰⁰, 22⁰⁰⁰, 15⁰⁰⁰, 8⁵⁰⁰

Rechtzeitiges Erscheinen verhindert den Andrang in den Abendstunden!

Kauf erleichtert durch Anzahlung

Hugo Simon

Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung

133 CHARLOTTEBURG 133
Wilmersdorfer Straße
 an der Blumarkstraße.

Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

Gold Silber Platin Brillanten

kauft reell zu höchsten Tageskursen

C. Käferle
 Uhrmacher - Juwelier
 Frankfurter Allee 278

Jeder sein eigener **Kamerjäger** durch apparatlose, selbsttätige **LINKSOL-VERGASUNG**

Wo alles andere versagt, half immer Linksol. Erhältlich in all. Drogerien.

Generalvertreter **E. Koberstein Nachf.**
 Berlin NO., Heinersdorfer Str. 22

Garderobe auf bequeme Teilzahlung und gegen bar mit entsprech. Rabatt für Herren u. Damen **H. Tyra & Co.**
 Houselstr. 20 a.h. Turmthof.

Gewinn-Auszug der **21. Preussisch-Süddeutschen (247. Preussischen) Klassen-Lotterie** 4. Klasse 8. Ziehungstag 25. April 1923

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die beide gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Cine Gewähr, Nachtrag verboten.

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 30 000 M. gezogen.

2 M. 5 Millionen 29928
 2 M. 500000 M. 16490
 14 M. 100000 M. 17267 78756 167458 214613 260772 333449 353422
 10 M. 70000 M. 4092 40733 67864 59030 100031
 230 10 267791 26679
 78 M. 80000 M. 2708 21088 21295 23618 28627
 34650 48008 51362 83020 86654 87667 87928 88065
 117845 148292 181374 182261 162620 176288 182291
 162886 197458 208929 222242 241633 250491 280769
 262080 27497 292082 290799 306948 312708 317641
 327001 345101 347703 358067 362348

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 30 000 M. gezogen.

4 M. 100000 M. 157333 318905
 16 M. 50000 M. 34914 71661 27790 97005 200924
 236188 278149 297722
 108 M. 30000 M. 1110 6334 15359 14440 18841 19695
 27008 35004 4066 41973 52650 54438 56909 61258
 16523 69075 80970 9438 99353 105297 112324 117086
 119786 142784 146410 162689 180610 191111 201864
 216407 221737 228073 227679 280128 240891 263549
 267261 278868 2852 8 285092 28040 4 284864 294219
 301828 205904 317219 310424 326683 340862 341184
 342239 362359 38338 464207

HOSEN jeder Art und in allen Größen kaufen Sie am besten und billigsten in der **HOSEN**

München-Gladbacher Hosen-Zentrale, Berlin, Rügenstr. 25 (Kaufhaus)

Kein Versand nach auswärts. Trotz Preisabbau 10% Rabatt bei jedem Einkauf

Zur Rheinfrage. einer unserer größten gegenwärtigen Sorgen, nimmt mit strenger Sachlichkeit Stellung das soeben erschienene Werk

Die Rheinlande in der Franzosenzeit

Von Dr. Alexander Conrady

Aus dem Jubiläum des 246. Gedenktages anlässlich des Todes des folgenden Kapitels erzählt: Der alte Rhein / Weibung und Gefirnis / Juchel und Industrie / Die Rheinlande / Der Verlust des linken Rheinufer / Die Rheinlande / Fremdbesitz / Französische Herrschaft auf beiden Ufern / Das Ende der Fremdbesitz

Preis-Grundzahl: brosch. M. 3.—, geb. M. 4.50

Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Damen- und Herren-Stoffe

aller Art in großer Auswahl. Gabardine, Kammgarne, Covercoats, Tuche, moderne Streifen, Volls, Musseline usw.

Atelier- u. Jutter-Seiden idem und farbige.

Paul Karle
 O. 34, Warschauer Straße 79.

Geschlechtsleidende!

Heilung ohne Quecksilber, ohne gift. Einprägung, ohne Berührung; aufkl. Brochüre m. taus. freiw. Dankschr. über 1) Harnröhrenleiden, (Ausfluss), 2) Syphilis, 3) Mannschwäche, 4) Weibh., Kostenl., 5) versch. Briefumschl. ohne Andruck, geg. Einsendung v. Mk. 200.— für Porto etc. — Leiden genau angeben!

Dr. med. H. Seemann, G. m. b. H. Berlin II, Lietzmannstr. 22

Schokolade billiger!

Sarotti Stollwerk Maxion Kant u. 2 Marken billig!

Eisen & Diamant
 Kaisersir. 4
 Andreasstr. 13

Gold-, Silber-, Platin-Bruch Brillanten

Zahngewerbe zahlt außerordentliche Preise

R. Felske,
 67 Grosse Frankfurter Straße 67.

Arbeitsnachweisgesetz

mit Nebenbestimmungen erläutert von **Dr. jur. et phil. BERGER** und **W. DONAU**
 Oberregierungsrat im Reichsarbeitsministerium und Regierungsrat im Reichsamt für Arbeitvermittlung

Ein unverzichtbares Hilfsmittel für Behörden, Arbeitsnehmer und Arbeitgeber zur praktischen Einführung u. Anwendung des festl. O.G. d. I. in Kraft getretenen Gesetzes.

Preis-Grundzahl M. 3.25

BUCHHANDLUNG VORWÄRTS, BERLIN SW, LINDENSTR. 2